Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Zwertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich, Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 39 — **Montag, den 16. Februar 1920** — **48. Jahrgang**

Verzicht auf die Auslieferung?

(W) Aus italienischen Kreisen wird der Agentur Havas gemeldet, daß die Londoner Konferenz beschlossen habe, die Beschuldigten unter Kontrolle der Alliierten in Leipzig aburteilen zu lassen. Man würde also auf die Auslieferung verzichten und den durch die Deutschen am 15. Januar gemachten Vorschlag mit einigen Abänderungen annehmen. — In der Frage der Auslieferung des Kaisers soll auch nachgegeben werden. Man will auch hier auf die Auslieferung verzichten, und es scheint, daß die holländische Regierung veranlaßt werden soll, den Kaiser besser zu bewachen, vielleicht seine Internierung in Holländisch-Indien zu veranlassen.

Die Sonderberichterstatter des „Matin" und des „Echo de Paris", die mit dem Ministerpräsidenten Millerand nach London gegangen sind, stellen fest, daß die versöhnliche Art, die Lloyd George gegenüber Deutschland in Zukunft anzuwenden gedenke, in der Auslieferungsfrage und in der Frage der Auslieferung Kaiser Wilhelms den Sieg davongetragen habe. Der deutschen Regierung soll von den französischen und englischen Geschäftsträger eine Note überreicht werden, wonach die Aburteilung der Angeschuldigten in der von Deutschland vorgeschlagenen Weise auf Grund des Gesetzes, das die Nationalversammlung beschlossen hat, angenommen werden wird. Nach dem Echo de Paris scheint es sogar wahrscheinlich, daß eine Unterscheidung zwischen den Leuten gemacht wird, die Befehle erteilt haben, und denen, die sie gezwungenermaßen ausführen mußten. Beide Blätter betonen, Deutschland dürfe aus diesem Entgegenkommen nicht etwa schließen, daß man nunmehr auch annehmen dürfe, man werde bei den andern Friedensbedingungen die gleiche Milde und das gleiche Entgegenkommen walten lassen. Das Echo de Paris sagt, die Einfügung dieser Bemerkung sei das einzige gewesen, was Millerand habe erreichen können.

Hinsichtlich der Kohlenfrage hat Ministerpräsident Millerand Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß er, um sein Vorgehen als französischer Ministerpräsident in einer Frage, die den Wiedergutmachungsausschuß allein angeht, zu rechtfertigen, die Behauptung aufstellt, jeder Staat, der den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet habe, könne einzeln auf Erfüllung von Forderungen bestehen, die ihn angehen. Bezeichnend ist allerdings, daß Millerand auf die Frage, ob er bei den Androhungen über die Verlängerung der Besetzungsfristen im Rheinland im Einverständnis mit den Verbündeten gehandelt habe, die Erklärung abgab, er habe als Chef der französischen Regierung gehandelt, als nicht mehr. Hierdurch wird in aller Form die außerordentlich wichtige Frage aufgeworfen, ob eine einzelne Regierung auf Grund des Versailler Vertrags das Recht hat, Forderungen zu stellen und Zwangsmaßnahmen anzudrohen, die nach dem klaren Wortlaut des Vertrags eine gemeinsame Maßnahme der verbündeten Regierungen darstellen.

Die neue Auslieferungsnote eingetroffen.

(TU) Die Antwortnote an Deutschland über die Auslieferung der Kriegsschuldigen ist gestern im Laufe des späten Nachmittags in der englischen Botschaft in Berlin eingetroffen. Ihre Ueberreichung an die deutsche Reichsregierung ist kaum vor heute mittag zu erwarten. Ueber den Inhalt lassen sich bestimmte Angaben noch nicht machen, doch scheinen nach den Informationen des L.-A. diejenigen französischen Blätter, die darauf bauten, daß nur eine gewisse Einschränkung der Ententeforderungen zu erwarten sei, Recht zu behalten. — Nach den Pariser Morgenblättern ist die Note betr. die Auslieferung vom Präsidenten der jetzigen Konferenz in London, Lord Grey, unterzeichnet. St. Brice sagt im „Journal", das Auslieferungsverlangen sei fallen gelassen worden für sämtliche Angeschuldigten ohne Ausnahme. Nach einer Privatdepesche des Sonderberichterstatters des „Temps" in London seien hinsichtlich der Frage der Auslieferung beträchtliche Abänderungen an den ursprünglichen Absichten gemacht worden. Die Alliierten beschränken sich darauf, von Deutschland die Auslieferung derjenigen zu verlangen, die während des Krieges Akte begangen hätten, welche gegen die Gesetze der Menschlichkeit verstoßen.

Weshalb Hindenburg und Ludendorff gefordert werden.

Die unter Beifügung der angeblich begangenen Kriegsverbrechen veröffentlichte französische Auslieferungsliste fordert u. a. diejenige oder diejenigen der Regierung und dem Großen Generalstab angehörenden Personen, die für die systematischen Verwüstungen, Plünderungen und Zerstörungen sowie verbrecherischen Deportationen in dem besetzten Frankreich verantwortlich sind: Insbesondere in den Departements Oise, Somme und Aisne bei dem Rückzug des deutschen Heeres auf die Hindenburglinie. Februar-März 1917. Hierzu gehören: von Hindenburg, Marschall, Chef des Großen Generalstabs und Ludendorff, General, Generalquartiermeister.

Angeführt wird zunächst das im „Berl. Tageblatt" vom 22. November 1914 veröffentlichte Interview mit Feldmarschall von Hindenburg, in dem es heißt: „Das Land leidet . . ., das ist bedauerlich, aber es ist gut so. Mit Sentimentalität kann man keinen Krieg führen. Je unerbittlicher die Kriegführung ist, um so menschlicher ist sie in Wirklichkeit, denn sie beschleunigt das Ende des Krieges." Es folgt eine Schilderung der Verwüstung des bei dem Rückzug auf die Hindenburglinie geräumten Geländes, wo die Häuser und Kirchen in Brand gesteckt oder gesprengt, hundertjährige Ulmen und Pappeln in der Höhe des Erdbodens, die Obstbäume in Mannshöhe abgesägt, die Brunnen durch Sprengungen verschüttet oder durch Dünger, Kreosot usw. verunreinigt wurden. Den Soldaten sei verboten worden, in ihren Briefen von diesen Befehlen zu sprechen. Aus aufgefundenen deutschen Befehlen gehe jedoch hervor, daß diese Zerstörungen bis ins einzelne auf dienstliche Anleitung vorbereitet und ausgeführt worden seien. Auszüge aus den betreffenden Befehlen werden wiedergegeben und eine Aeußerung des Intendanturoffiziers Kum vom 16. A.-K. angeführt. Ein Leitmotiv, das jeden Augenblick wiederkehrte, wenn die Bevölkerung sich beklagte, habe gelautet: „Poincaree wird euch bezahlen oder Pau, wenn er vorbeikommt. Das ist der Befehl unseres Kaisers. Ihr müßt fort, alles kaput, alles verbrannt". Die deutsche Presse habe diese Verbrechen verherrlicht (Queri im „Berliner Tageblatt", Rosner im „Lokalanzeiger"). Von den so zerstörten Gemeinden werden 105 mit Namen aufgezählt. v. Hindenburg und Ludendorff werden sodann insbesondere für die Organisation der Zivilarbeiter-Bataillone und die Wegführung von Einwohnern, unter dem „heuchlerischen" Vorwande, daß man die Zahl der Arbeitslosen vermindern wolle, verantwortlich gemacht. Die Organisation dieser Arbeiterlager sei ein fortgesetzter Verstoß gegen die Haager Konvention und die Berner Vereinbarung gewesen. Fast alle diese Bataillone seien in nächster Nähe der Front beschäftigt worden. Abgedruckt wird ferner ein telegraphischer Befehl Ludendorffs an die 3. Armee, in dem es heißt: Während des Schützengrabenkriegs sei es notwendig gewesen, die Möbel des Landes für die Unterkunftsräume der Truppen nutzbar zu machen. Dieses Bedürfnis sei nach dem Rückzug in berohnte Gebiete nicht mehr in demselben Maß vorhanden. Die Entente werde dem deutschen Heere systematische Plünderungen des Landes vor. Die Wegnahme von Möbeln solle auf das Notwendigste eingeschränkt werden. Den letzten Punkt der Beschuldigung bildet der Arbeitszwang für die Frauen des besetzten französischen Gebietes. Angeführt wird ein Befehl vom 24. Mai 1917, in dem von diesen „Weiberkolonnen" die Rede ist und betont wird, kein junges französisches Mädchen dürfe geringere Arbeit leisten als unsere Landsmännin. Infolge dieses Befehls seien Tausende von jungen Mädchen aus den Armen ihrer Mütter gerissen und zusammen mit Dirnen nach Maclas und Venins in Sklaverei gebracht worden. Bei Gehorsamsverweigerungen seien sie geschlagen und mit Arrest bestraft worden. Die Arbeit habe im November und Dezember bei eisigem Regen in zerrissenen Schuhen in Wasser und Schmutz geleistet werden müssen; dabei habe man ihnen den größten Teil ihrer Kleider genommen.

Der Völkerbundsrat.

(W) Der Telegraaf meldet aus London: Der Völkerbundsrat beschloß in öffentlicher Sitzung, eine internationale Konferenz zur Besprechung der Finanzkrisis einzuberufen, welche die Mittel ersinnen soll, um diese Krisis zu lösen und ihre gefährlichen Folgen zu mildern. Das griechische Mitglied des Völkerbundes erstattete ausführlich Bericht über die Saarbeckenfrage. Der Rat beschloß, daß das Saarbecken von einer Kommission von fünf Mitgliedern verwaltet werden soll, von denen einer Franzose und einer nichtfranzösischer Einwohner des Saarbeckens ist. Die übrigen drei müssen andern Ländern als Frankreich und Deutschland angehören. Für diese Kommission wurden bereits folgende Personen bestimmt: Der französische Staatsrat Rault, der Vorsitzender der Kommission sein wird, Landrat Alfred v. Bock, der belgische Major Lambert, und der Däne Graf Moltke-Huitfeld. Auf den Bericht von Hymans über den Status von Danzig beschloß der Rat, Sir Reginald Tower zum Oberkommissar für Danzig zu ernennen und nach Beratungen mit den Vertretern von Danzig eine Verfassung für diese Stadt dem Völkerbunde vorzulegen. Balfour erstattete Bericht über die Frage der Neutralität der Schweiz und ihren Zutritt zum Völkerbund. Nach einer Entschließung des Völkerbundesrates kann die Schweiz unter Beibehaltung ihrer dauernden Neutralität dem Völkerbunde beitreten.

Französische Einsicht?

„—" Der Temps veröffentlicht einen Leitartikel, der Aufsehen erregen muß, wenn man seinen Inhalt mit den Artikeln vergleicht, die das Blatt in den letzten Tagen geschrieben hat. Er geht von dem Gedanken aus, daß die Fragen der Auslieferung eigentlich Hors-d'oeuvres sind, und daß die Völker widerstandsfähigere Nahrung erwarteten. Er scheint sogar mit einer Aburteilung der Beschuldigten „in Abwesenheit" sich einverstanden erklären zu wollen, und er ist auch der Ansicht, daß man mit Holland wegen der Auslieferung des Kaisers nicht durch feierliche Noten, die wie blinde Kanonenschüsse wirkten, verhandeln solle, sondern durch die Verbandsdiplomaten. Er scheint geneigt zu sein, anzunehmen, daß man sich mit einer starken Bewachung oder mit einem Wohnungswechsel des Kaisers begnügen könne. Schließlich aber erklärt er, daß man die Beobachtung gemacht hätte, daß Deutschland wieder Lust an der Arbeit gewinne. Es werde allerdings nur befähigt sein, mehr zu erzeugen, wenn es sich Nahrungsmittel und Rohstoffe besorgen könne. Das liege auch im französischen Interesse, weil Frankreich der Hauptgläubiger Deutschlands sei. Es sei also daran interessiert, daß Deutschland wieder gewinnbringend arbeiten könne. Der „Temps" fragt dann, nachdem er festgestellt hat, daß Deutschland nur zahlungsfähig werden kann, wenn es viel arbeitet, ob der Verband an dieses Problem gedacht hätte. Man nähme in Berlin an, daß die vorhandenen Nahrungsmittel nur für etwa zwei Monate ausreichten, und daß man, um bis zur nächsten Ernte durchzukommen, 1½ Millionen Tonnen einführen müsse. Das sei nach dem heutigen Kurs eine Ausgabe von etwa 13½ Milliarden. Diese Operation sei aber unmöglich; was dächten darüber die alliierten Regierungen? Sei es nicht doch gut, Deutschland dieselben Kredite zu bewilligen, die Holland ihm bewilligte? Aber werde man dann vielleicht Deutschland die Hilfe leisten, die man Frankreich oder Italien verweigere? Das alles sei absurd, und Frankreich müsse schon jetzt die Stimme der Vernunft hören lassen. Wie im englischen Unterhause sehr richtig gesagt worden sei, handle es sich nicht darum, die Religion des Friedensvertrags zu dekretieren. Dadurch werde man nur neue Streitigkeiten hervorrufen. Es genüge auch nicht, zu erklären, daß man den Friedensvertrag aufrecht erhalte, und daß man ihn ausführen lassen müsse. Das sei nur eine leere Formel, wenn man nicht zu gleicher Zeit die materiellen Bedingungen schaffe, die es dem Schuldner gestatten, zu bezahlen, und dem Gläubiger, auf die Zahlung zu warten. Habe die französische Regierung an all das gedacht, und bringe sie diese Realität von London mit zurück?

Das „Journal des Debats" wendet sich übrigens gegen Lord Robert Cecil, weil er im Unterhause gesagt hat, Frankreich betreibe eine blinde Rachepolitik. Er habe allerdings hinzugefügt, daß das französische Volk das nicht wolle, und das Blatt würde es gern sehen, wenn die englischen Staatsmänner gegen diese Meinung gewisser englischer Kreise über Frankreichs Politik gegen Deutschland und Oesterreich Aufklärung geben würden.

Unerträgliche Zustände in Oberschlesien.

Wie Wolff hört, wird schon in allernächster Zeit auf Veranlassung der preußischen Regierung die Reichsleitung bei der Entente um strengere Abschließung der Grenzen, insbesondere der oberschlesisch-polnischen Grenze gegen unerlaubte Lebensmittelausfuhr vorstellig werden. Die Zustände in Oberschlesien haben seit der Besetzung durch die Ententetruppen eine unerträgliche Verschlimmerung erfahren. Es kommen nicht nur polnische Aufkäufer in hellen Scharen nach Oberschlesien, auch die fremden Truppen kaufen alles zusammen, was nicht niet- und nagelfest ist. Begünstigt durch den hohen Sold und die Valutadifferenz ließ der französische Kommandant in Rybnik die gesamten Vorräte an kondensierter Milch aufkaufen und fortschaffen. Für Butter bezahlen die Franzosen und Engländer 50 Mark pro Pfund. Die ganze Butter wird von den Soldaten nach Hause geschickt. Alle Preise erreichten in wenigen Tagen eine schwindelnde Höhe. Die Bevölkerungsschichten, die dem fremden Einmarsch mit gewissen Hoffnungen entgegensahen, sehen sich aufs schwerste getäuscht und verlangen nach sofortiger allgemeiner Grenzschließung. Dazu benehmen sich die fremden Truppen, namentlich die französischen, nicht wie die Sieger. In Kosel verlangte der französische Kommandant die Ablieferung aller Waffen der Einwohner- und Sicherheitswehr. In Leobschütz mußten alle schwarz-weiß-roten Schilderhäuser blau-weiß-rot überstrichen werden.

Für einen neuen Weg aus dem deutschen Elend

wirbt im Industriebezirk der Holländer Beversluis. Er geht davon aus, daß ohne Nahrung keine Arbeit und ohne Arbeit kein Wiederaufbau und kein Wiederanschluß an die Weltwirtschaft möglich ist, daß vielmehr, wenn nichts Durchgreifendes geschehe, bald 20 Millionen Menschen zuviel auf deutschem Boden leben und dem Verhungern anheimgegeben sein werden. Von der Auslandhilfe, auf die wir im Rohstoffbezug angewiesen sind, verspricht Beversluis sich bei dem heutigen schlechten Kredit nichts. Diese Auslandanleihen bilden mit ihren Bedingungen von Kohlenlieferungen und der Verpfändung von Kohlenfeldern auf 30 Jahre Schlingen um den Hals des deutschen Volkes. Eine Art Selbsthilfe, die vom industriellen Herzen Deutschlands, vom Industriegebiet, ausgehen soll, sei die Gründung einer Volksbank, bei der deutscher Gold- und Silberschmuck, Bestecke, Geräte aus Edelmetall, ferner Platin und andere Waren von stabilem Wert hinterlegt werden sollen. Die Hinterleger sollen dafür Aktien oder Anteilscheine dieser neuen, der Reichsbank einzugliedernden Bank erhalten. Beversluis schätzt den Wert des in solcher Form noch in deutschem Privatbesitz befindlichen Vermögens auf viele Milliarden. Diese hinterlegten stabilen Werte sollen als Rückgrat der Auslandkredite dienen, die uns billige Lebensmittel zur Ermöglichung der Arbeit verschaffen sollen. Die Rückzahlung der Kredite an das Ausland soll in Waren erfolgen, die uns die mit den Lebensmitteln ermöglichte Arbeit liefern soll. Die hinterlegten Werte selbst sollen nicht angetastet werden. Er will auf diese Weise das Gold, das dem einzelnen nichts nützt, für die Gesamtheit lebendig machen. — (Dem Plan stehen wichtige Bedenken gegenüber, vor allem die Fragen: „Wird das Gold vor dem Zugreifen der Entente geschützt sein?" und „Wird auch wirklich gearbeitet, wenn eine Ablieferung erfolgt ist?" Aller Weisheit letzter Schluß ist und bleibt, daß dem deutschen Volke nichts aus allem Elende heraushelfen kann, als unermüdliche, intensive Arbeit. Arbeit schafft Ware, Ware für die Ausfuhr und Ausfuhr bringt eine Besserung der Valuta und damit auch eine Verbilligung der Lebensmittel und der ganzen Lebenshaltung.)

Tagesereignisse.

— **(7 Milliarden Besetzungskosten.)** Die Kommission des französischen Parlaments hat jetzt endgültig die zum Unterhalt der Besetzungstruppen in den Abstimmungsgebieten für das Jahr 1920 notwendigen Gelder bewilligt. Danach betragen die Kosten für Oberschlesien 500, für Ost- und Westpreußen 175 Millionen Franken. Die Abstimmungsausgabe wird also im gegenwärtigen deutschen Gelde rund 7 Milliarden betragen. Da nach dem Friedensvertrag derjenige Staat die Spesen bezahlen muß, auf den das Abstimmungsgebiet entfällt, wird Oberschlesien der Leidtragende sein.

— **(Foch reist nach Polen.)** Wie der Korrespondent der „Times" aus Warschau meldet, teilte der Chef der französischen Militärmission, General Henry, mit, daß Marschall Foch in der nächsten Zeit nach Polen kommen werde. Weiter sagte der General, daß der französische Stab beim polnischen Heere ausgedehnt, und daß Frankreich den Polen in ihrem Kampf gegen die Bolschewisten helfen werde.

— **(Eine Kommunistenzusammenkunft in Amsterdam.)** Wie das „Algemeen Handelsblad" meldet, hat in der ersten Hälfte dieses Monats in Amsterdam eine geheime internationale Kommunistenzusammenkunft stattgefunden, zu der auch deutsche Mitglieder, u. a. Klara Zetkin, nach Amsterdam gekommen waren. Miß Sylvia Pankhurst befand sich unter den englischen Abgesandten. Der holländische Ingenieur Rutgers vertrat die russische Sowjetregierung. Diese hat dem auf der Konferenz zustande gekommenen Vollzugsbüreau der Dritten Internationale Diamanten, Perlen und andere Edelsteine im Werte von 20 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß es Aufgabe des Amsterdamer Bureaus ist, jeden Streik und jede Bewegung, die einen revolutionären Charakter hat, zu unterstützen. Das Amsterdamer Bureau untersteht dem Moskauer Bureau unmittelbar. Das Berliner Bureau, das die Deckadresse für die Korrespondenz des niederländischen Bureaus mit der Sowjetregierung ist, wird dem Amsterdamer Bureau unterstellt werden. In Nordamerika, Asien, Spanien und Mexiko werden Zweigbureaus errichtet werden. Alle drei Monate werden die an die Dritte Internationale angeschlossenen Länder einen Delegierten nach dem niederländischen Bureau entsenden. Auf der Zusammenkunft wurde eine Entschließung angenommen, wonach die internationale kommunistische Partei versuchen will, die Führung der Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu bekommen.

Die zu der Internationalen Kommunistenkonferenz in Amsterdam gekommene deutsche Kommunistin Klara Zetkin ist in Amerso sofort verhaftet worden, ebenso eine Schweizerin, deren Initialen J. G. sind. Beide Frauen sind zurückgeschickt worden. Die Kommunistenkonferenz wurde von der Polizei aufgehoben.

— **(Lansing zurückgetreten.)** Havas meldet aus Washington: Lansing ist zurückgetreten. Sein Rücktritt ist angenommen worden. Der Grund für den Rücktritt ist darin zu suchen, daß Wilson Lansing beschuldigte, er habe durch eigenmächtige Einberufung des Kabinetts zu einer Sitzung sich präsidiale Macht angemaßt.

— **(Der Sultan bleibt in Konstantinopel.)** Die Londoner Konferenz hat am 14. 2. grundsätzlich beschlossen, daß der Sultan in Konstantinopel bleibt, daß jedoch eine starke militärische und Marinekontrolle in den Dardanellen errichtet werde. Die Entscheidung soll in einer Konferenz am 16. 2. getroffen werden, an welcher auch Foch teilnimmt.

— **(Rettet die Heimat und die deutschen Grenzlande.)** In 22 Versammlungen, die gestern in Berlin und einigen Vororten stattfanden, beschäftigten sich die heimatstreuen Oberschlesier, Ostpreußen und Schleswig-Holsteiner mit der bevorstehenden Volksabstimmung in ihrem Gebiet. Als Redner waren Mitglieder des Zentrums, der deutschen Demokraten, der Mehrheitssozialisten und der Deutschnationalen Partei gewonnen worden. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Angesichts der schicksalsschweren Entscheidung, ob Teile des meerumschlungenen Holsteins, ob Schlesien, ob Teile von Ost- und Westpreußen unter Fremdherrschaft kommen sollen, geloben wir, mit allen Kräften dahin zu streben, daß deutsches Land auch Deutschland verbleibt. Wir rufen alle in den Abstimmungsgebieten geborenen Frauen und Männer im ganzen Reiche auf, sich bereit zu machen, um den bevorstehenden Abstimmungen beizuwohnen. Rettet die Heimat und die deutschen Grenzlande!

— **Die neue Geschäftsordnung für das Preußenparlament** ist vom Geschäftsordnungsausschuß der preußischen Landesversammlung endgültig festgelegt worden. Sie hat 95 Paragraphen und lehnt sich meist an die früheren Bestimmungen an. Betreffs der Ordnung im Parlament wird verfügt, daß der Präsident alleiniger Herr im Hause ist. Die Frage, ob und wann im Parlament seitens des Staates eine gerichtliche, polizeiliche und militärische Tätigkeit entfaltet werden darf, soll durch die Verfassung geregelt werden. Bezüglich der Abgeordneten hat der Präsident nur geringe Machtmittel, er kann sie zur Ordnung rufen und ihnen das Wort entziehen. Bei Widerstand gegen seine Anordnungen kann er nur die Sitzung aussetzen. Ein Ausschluß von den Sitzungen ist nicht statthaft. Man hat hiervon Abstand genommen, weil dem Präsidenten keine Machtmittel zustehen, dies durchzusetzen, falls er auf Widerstand stößt. Das Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, bleibt erhalten. Anträge, die einem Minister das Vertrauen des Parlaments entziehen, bedürfen der Unterstützung von 15 Mitgliedern. Die Anfragen an die Regierung werden in Zukunft in kleine und große eingeteilt. Große Anfragen müssen von 15 Mitgliedern gestellt sein und können in einer Debatte besprochen werden, bei kleinen Anfragen sind Debatten nicht zulässig. Die Stellung der Minister entspricht dem parlamentarischen System. Jeder Minister kann vor das Parlament zitiert werden und muß sich verantworten. Die Minister unterstehen der Ordnungsgewalt des Präsidenten, können also auch zur Ordnung gerufen werden.

— **Zum Erzbergerprozeß** wird das Wolffbüro von beteiligter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß in der Angelegenheit des Verkaufes des Patents zur Verwertung flüssiger Luft zu Sprengstoffen an das Ausland der Zeuge Generaldirektor Birkmaier unter seinem Eide aussagte, dieser Verkauf erfolgte durch seine (Birkmaiers) Vermittelung und zwar nach dem Ausscheiden des damaligen Abgeordneten Erzbergers aus der Gesellschaft. Das Patent wurde nach Schweden verkauft.

— **(Erzbergers Steuererklärungen.)** Die Berliner Polizei hat sich veranlaßt gesehen, in einer Druckerei eine in der Fertigstellung begriffene Flugschrift zu beschlagnahmen, die 30 Steuererklärungen des Reichsfinanzministers Erzberger aus den Jahren 1904 bis 1918 in photographischer Nachbildung wiedergibt. In der Flugschrift soll außerdem die Behauptung aufgestellt worden sein, daß der Finanzminister Depots im Auslande besitzt. Die Beschlagnahme erfolgte mit der Begründung, daß nach den Bestimmungen des Ausnahmezustandes neue Flugschriften oder Zeitungen dem Reichswehrminister vor der Drucklegung zur Kenntnis einzureichen seien. Das sei im vorliegenden Fall nicht geschehen. Eine Untersuchung hat ergeben, daß die Steuerakten sich noch unversehrt an Ort und Stelle befinden. Man glaubt, daß die Broschüre noch im Helfferichprozeß eine Rolle spielen wird.

— **(Der deutsche Offizierbund gegen Erzberger.)** In einer öffentlichen Versammlung der Zentrumspartei in Ravensberg am 6. Februar hat Herr Erzberger behauptet, daß es nicht möglich gewesen sei, einen General zur Begleitung der Kaiserin nach Amerongen zu finden, da alle Befragten, darunter auch ein Hofgeneral, abgelehnt hätten, und daß dann mangels anderer Begleitung der Sozialdemokrat Molkenbuhr die Begleitung der Kaiserin übernommen hätte. Der deutsche Offizierbund stellt gegenüber dieser schweren Beleidigung der Generale öffentlich fest, daß die Behauptung Erzbergers sich als unwahr erwiesen hat. Zur Begleitung der Kaiserin haben sich die Generale Renner und Rhodewald auf Anfrage sofort bereit erklärt. Andere Generale sind überhaupt nicht gefragt worden, und General Rhodewald hat auch tatsächlich den Zug bis zur holländischen Grenze begleitet. Der Sozialdemokrat Molkenbuhr ist lediglich außerdem mitgenommen worden, um bei Schwierigkeiten, die auf den Bahnhöfen durch das störende Treiben der Arbeiter- und Soldatenräte entstehen konnten, vermittelnd einzugreifen. Gegen Erzberger ist Strafantrag wegen Beleidigung gestellt worden.

— **(Der Kaiserfilm vernichtet.)** Das Berliner Landgericht verhandelte über einen Antrag des ehemaligen deutschen Kaisers auf Einziehung und Vernichtung des Films „Kaiser Wilhelms Glück und Ende" mit dem Schauspieler Bonn als Hauptdarsteller. Der Film wurde dem Gericht vorgeführt. Das Gericht erblickte in der Darstellung eine erhebliche Kränkung des Kaisers als Menschen. Ob auch die dargestellten Vorgänge wahr seien oder nicht, käme nicht in Betracht. Das Urteil lautete dahin, daß alle Exemplare des Films, die zur Verfertigung und Vorführung bestimmten Vorrichtungen, sowie alle Wiedergaben des Kaiserbildes aus dem Film zu vernichten seien. Die Kosten des Verfahrens trägt der Staat.

— **(Lenin über die Betriebsräte.)** Nach Meldungen aus Moskau hielten, wie den „Hamb. Nachrichten" gemeldet wird, Lenin und Trotzki auf dem dritten Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte wichtige Programmreden. Lenin sagte u. a.: Im Heer werden wir das frühere System verlassen, wonach das Kommando in den Händen der Soldatenräte liegt. Von nun an hat die Kommandogewalt wieder der betreffende Oberste Heereschef. Hierdurch sind wir allmählich zur Autokratie gelangt. In gleicher Weise müssen wir aber in der Industrie vorgehen. Das System der Betriebsräte hat sich nicht bewährt. Es wirkt hemmend auf die Arbeit und gibt dieser nicht die Intensivität, die die Lage erfordert. Alles hängt davon ab, daß die kommunistischen Führer uneingeschränkt herrschen und daß der Kommunismus vollkommen durchgeführt wird. Für die großen Städte müssen Getreide und Lebensmittel geliefert werden. Die Bevölkerung in unseren zerstörten Landen muß zu Arbeiterheeren umgewandelt werden. Hunger, Kälte und Seuchen sind die schlimmsten Feinde der Regierung. Unser Ziel ist, ganz Rußland in eine einzige große Fabrik für uns zu verwandeln.

Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk.

Der Ausschuß der preußischen Landesversammlung für den Ruhrkohlenbezirk beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf für die Siedlung im Ruhrrevier. Einige Redner der deutschnationalen Volkspartei, der deutschen Volkspartei, ein Demokrat und ein Unabhängiger wandten sich gegen die Schaffung einer besonderen staatlichen Organisation für die Siedlung; sie glaubten, daß man diese Aufgabe einem Regierungs- oder Oberpräsidenten übertragen könne. Dagegen vertraten fast alle Redner aus dem engeren Ruhrrevier den Standpunkt der Regierung, daß die Erledigung der Aufgaben des Siedlungsverbandes nur möglich sei bei der Schaffung eines Verbandes mit staatlicher Spitze.

Schwere Bedenken gegen die Verwaltungsform im Gesetzentwurf Siedlungsverband für das Ruhrkohlengebiet sind in den letzten Tagen an Stellen, deren Urteil wohl nicht übersehen werden darf, erhoben worden. Bei der Einführung des neuen Landeshauptmannes für die Provinz Westfalen richtete der Vorsitzende des Westfälischen Provinzialausschusses, der Dortmunder Oberbürgermeister Eichhoff an den neuen Leiter der Westfälischen Provinzialverwaltung folgende Mahnung: „Uns Westfalen droht eine besondere Gefahr. Sorgen auch Sie, Herr Landeshauptmann, dafür, daß Ihre Heimatprovinz nicht einer ihrem Werte nach höchst problematischen Industrieprovinz zuliebe zerschlagen wird. Schon ist der Hammer erhoben. Schon in den nächsten Wochen wird der erste Schlag geführt. Lassen Sie sich nicht durch beruhigende Erklärungen in Sicherheit wiegen, seien Sie auf der Hut." Und bei dem Besuch der preußischen Minister in Düsseldorf vor wenigen Tagen lenkte die Rheinische Provinzialverwaltung die Aufmerksamkeit der Leiter der Staatsregierung auf die schweren Gefahren für das Zusammenhalten und das Fortbestehen der Rheinprovinz durch den Siedlungsverband für das Ruhrkohlengebiet. Die Abtrennung des östlichen Teiles der Rheinprovinz in Form einer Industrieprovinz müsse für jetzt und für späterhin unmöglich gemacht werden. Auch in politischer Beziehung dürfe man nicht die Gefahr übersehen, die durch ein solches Zerreißen des Gebietes der Rheinprovinz entstehe. Der Ministerpräsident erklärte in Düsseldorf, daß der Gedanke einer Industrieprovinz nicht aus der Regierung gekommen sei, die Regierung habe diesen Gedanken abgelehnt. Die angedeutete Gefahr sei durch den jetzigen Entwurf beseitigt, aber die vorgebrachten Bedenken würden von der Staatsregierung noch einmal gründlich geprüft werden.

Zigaretten.

Ein junger bleicher Mann tritt in das Sprechzimmer eines Arztes. Dieser untersucht ihn. „Sind Sie Raucher?" — „Ich rauche täglich 20 bis 30 Zigaretten!" — „Glauben Sie nicht, daß das an Ihrem elenden Zustande schuld ist?" — „Nicht im geringsten." — Der Arzt schüttelt den Kopf. Er nimmt aus einem Glase einen Blutegel. „Ich will Ihnen etwas zeigen", sagte er, „entblößen Sie Ihren Arm." Der Zigarettenraucher wies seinen bloßen Arm vor, und der Arzt setzte den dünnen schwarzen Wurm darauf. Sofort fing dieser an zu saugen. Er wurde dicker, dann aber kam plötzlich ein krampfhaftes Zucken über ihn, er fiel ab — tot! „Das hat Ihr Blut an dem Tier bewirkt!" sagte der Arzt. Er nahm den kleinen Körper zwischen Daumen und Zeigefinger. „Sie haben ihn vergiftet!" — „Ich vermute, daß es kein gesunder Blutegel war", sagte der Raucher mürrisch. — „Kein gesunder? Nun gut, wir versuchen es noch einmal." Der Arzt setzte zwei andere Tiere auf des Jünglings Arm. „Wenn diese beiden auch sterben", sagte der Kranke, „dann rauche ich statt 30 nur noch 10." Während der beiden letzten Worte zuckte der kleine Blutegel und fiel ab auf seine Knie, tot; und einen Augenblick später fiel auch der andere neben den ersten. „Wie abscheulich", sagte der junge Mann, „ich bin ja für Blutegel schlimmer als die Pest." — „Das ist die Wirkung eines Giftes in Ihrem Blut, das sich bei allen Zigarettenrauchern findet", sagte der Arzt. — „Herr Doktor", erwiderte der Raucher, indem er die drei Blutegel nachdenklich betrachtete, „ich glaube fast, Sie haben recht. Wenn dieses Gift eine so verheerende Wirkung auf ein Lebewesen auszuüben vermag, muß es auch für mich zweifellos auf die Dauer gefährlich werden. Ich werde Ihrem Rate folgen und das Zigarettenrauchen bleiben lassen." — Und du, mein Freund, wie ist es mit dir, und mit den vielen Kollegen deines Bekanntenkreises? Willst du weiter deine Gesundheit ruinieren und müßig zusehen, daß deine Kameraden sich nach und nach vergiften?

Westd. Arbeiterztg.

Aus aller Welt.

— **Aushebung einer Falschgelddruckerei.** Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. überraschte in der Wohnung des früheren Bauunternehmers Grimm eine Falschmünzerbande, als sie auf den Druckpressen falsche Fünfzigmarkscheine herzustellen versuchte. Große Mengen falschen Scheine, Papiervorräte und Chemikalien wurden beschlagnahmt. Außer Grimm wurden der Buchdrucker Ludwig Poy und der Lithograph Heinrich Leder verhaftet. Grimm wollte eine Anzahl Scheine verschlucken, wurde aber daran verhindert.

— **Eisenstäbe statt Silbergeld.** Schwer geschädigt wurde eine aus Galizien zugereiste Frau, die in Berlin mit Silberaufkäufen gute Geschäfte machen wollte. Sie hat 90 000 Mark für eine Handtasche mit Eisenstangen bezahlt. Die Frau erfuhr zufällig, daß in Potsdam ein Mann eine große Menge Silbergeld, Zwei-, Drei- und Fünfmarkstücke, veräußern wollte. Sofort setzte sie sich mit dem Mann in Verbindung und verabredete mit ihm ein Zusammentreffen auf dem Potsdamer Bahnhof. Als sie zur festgesetzten Zeit dort erschien, traf sie im Wartesaal I. Klasse zwei Männer, die einen kleinen Koffer bei sich trugen, der, wie sie sich selbst überzeugte, eine ganze Menge Silbergeld in Rollen, im ganzen für etwa 100 000 Mk., enthielt. Der Handel begann; die Verkäufer bestanden auf ihrer Forderung von 30 000 Mark. Die Frau begab sich zum Telephon, um mit ihrem Kompagnon über den beabsichtigten Kauf zu sprechen. Einer der beiden Männer begleitete sie nach der Fernsprechzelle, während der andere mit dem Koffer im Wartesaal zurückblieb. Endlich, kurz vor Abfahrt des Zuges, wurde man handelseinig. Die Frau zahlte 90 000 Mark und nahm dafür den Koffer in Empfang. Als sie ihn aber in der Weinmeisterstraße öffnete und seinen Inhalt ihrem Kompagnon zeigen wollte, entdeckte sie zu ihrem Schreck, daß die Rollen jetzt kein Silbergeld, sondern nur Eisenstäbe in der Stärke von Zwei-, Drei- und Fünfmarkstücken enthielten. Der Polizei gelang es bald, die beiden Männer zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um einen Schlosser Hermann Klein und einen Schreiber Fritz Schmalz, die beide aus Potsdam stammen.

— **Die Unterschlagungen auf dem Lehrter Güterbahnhof,** durch die seit Oktober vorigen Jahres für eine Million Güter aller Art veruntreut wurden, beschäftigen noch immer die Berliner Kriminalpolizei. Von den bisher beschlagnahmten Gütern konnte eine ganze Reihe ihren Eigentümern wieder zugestellt werden, darunter auch ein Posten Seide im Werte von 250 000 Mark. Bei ihren weiteren Nachforschungen ist die Kriminalpolizei auf ein neues Hehlernest gestoßen. Bei einem Schankwirt in der Möckernstraße fanden die Beamten einen Posten Kinderstiefel und Zigaretten, eine große, etwa 100 Liter fassende Benzolkanne, und außerdem aber eine ganze Anzahl von Kistendeckeln, deren Signierungen erkennen lassen, daß die Kisten Frachtgut enthalten haben.

— **Um 110 000 Mark betrogen.** Das Opfer seiner Leichtgläubigkeit ist der Kaufmann B. in Berlin geworden. Bei ihm erschienen vor einiger Zeit der angebliche Artist Wilhelm Fuß und der Schlosser Sänger und boten ihm 200 Zentner Zucker zum Kauf an. B. ging auf das Geschäft ein, verlangte aber zunächst den Nachweis, daß sie die Ware auch besitzen. Darauf brachte Fuß eine Bescheinigung, nach der er 5000 Mark angezahlt und den Zucker in seinen Händen hatte. Das genügte B., und er zahlte im voraus 60 000 Mark in barem Gelde und 50 000 Mark in einem Scheck. Der Nachweis war jedoch gefälscht. Im Besitze des Geldes, fuhren der Artist und der Schlosser sofort über Hamburg nach Düsseldorf und kauften Zigaretten auf. Die Kriminalpolizei nahm Fuß und Sänger fest, als sie mit ihrem Einkauf, für 7000 Mark Zigaretten, von Düsseldorf nach Berlin zurückkehrten.

— **Aufdeckung einer tschecho-slowakischen Banknoten-Druckerei.** Die Berliner Kriminalpolizei hat wieder einen großen Falschmünzer- und Schmuggelbetrieb aufgedeckt und aufgehoben. Die Banknoten der tschecho-slowakischen Regierung wurden in großen Mengen von Fälschern hergestellt und in Umlauf gebracht. Da die Spur der Betrüger nach Deutschland führte, entsandte die Berliner Kriminalpolizei einige Beamte an die Grenze. Die Kriminalisten verhafteten auf der Grenzstation Ziegenhals den ehemaligen Grenzpolizisten Gottwald, als er falsche Noten der tschecho-slowakischen Regierung über die Grenze schmuggeln wollte. So kam man zwei Bauern aus dem Ort, den Gebrüdern Max und Viktor Roth, auf die Spur, die sich gerade in Breslau aufhielten. Die Beamten ertappten das Brüderpaar, wie es mit dem Breslauer Druckereibesitzer Braun über den Druck neuer Banknoten verhandelten. Nach der Verhaftung machte Braun einen Selbstmordversuch im Untersuchungsgefängnis, so daß er nach dem Krankenhaus transportiert werden mußte. Er behauptet, daß er im guten Glauben gehandelt habe, weil er die Gebrüder Roth für Auftraggeber der tschechoslowakischen Republik gehalten hatte. Weitere Verhaftungen von Grenzsoldaten beider Staaten, die den Schmuggelbetrieb unterstützt hatten, stehen bevor.

— **Skandal in der Wiener Oper.** Bei der Sonntagsvorstellung in der Oper, dem „Lohengrin", kam es zu einer Demonstration gegen Direktor Dr. Richard Strauß und gegen den Tenoristen Hans Ziegler, der zum erstenmal den Lohengrin sang. Anhänger des Sängers Schmeder, der bisher immer den Lohengrin sang, und diesmal in der Künstlerloge saß, erhoben sich plötzlich auf der Galerie und demonstrierten gegen Direktor Strauß. Dieser verließ beim Ausbruch des Lärmens sein Dirigentenpult und mit ihm ein Teil des Orchesters. Nach einigen Minuten war nach Entfernung der Ruhestörer volle Ruhe eingetreten. Direktor Strauß kehrte ans Dirigentenpult zurück und nun nahm die Vorstellung ihren Anfang. Das Publikum brachte Direktor Strauß große Ovationen.

Die Nebelfrau.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

8. Fortsetzung.

Erschreckend farblos wurde das braune Männergesicht mit den großen, leuchtenden Augen. „Sie lieben einen anderen? Ihr Herz ist nicht mehr frei?"

Eine heiße Angst klopfte in seiner Stimme.

„Ich liebe niemand und ich werde nicht geliebt. Ich habe aber meinem sterbenden Vater in die erkaltende Hand gelobt, die Großmutter, seine Frau und meine kleine Schwester nicht zu verlassen und über ihr Wohl und Wehe zu wachen. Sie sind an den Gorlingshof gebunden und ich mit ihnen."

„Das ist aber ein himmelschreiendes Unrecht. So weit geht das Recht eines Vaters über sein Kind nicht, daß er es blindlings für die anderen opfert."

„Still, Timm, schmähen Sie meinen Vater nicht. Er hat unsagbar gelitten, und ich bin froh, daß ich ihm die letzte Stunde leicht machen konnte, indem ich das verlangte Versprechen gab."

„So weisen Sie mich zurück, Undine? Ich flehe Sie an, stoßen Sie ein Herz nicht von sich, das nur für Sie in treuer Liebe schlägt."

„Ich danke Ihnen, Timm, nie werde ich Ihnen vergessen, wie wohl Sie mir in dieser Stunde getan haben, wo alles über mir zusammenzubrechen drohte. Die Erinnerung daran wird wie ein schönes, friedvolles Bild mich umschweben, wenn ich ganz, ganz verlassen und einsam bin. Lassen Sie uns Freunde, echte Freunde sein, Timm. Wir haben deren so wenig im Leben."

Hastig stieß er die ihm dargereichte Hand zurück.

„Ich will Ihre Freundschaft nicht! Es ist ein armseliges Surrogat für die Liebe, ein blasser Schatten der Kraft, die mit Feuersglut unser Dasein mit wilder Glut durchlobt."

„Sie irren Timm. Freundschaft ist eine ebenso große, ebenso reiche Schwester der Liebe. Schlackenrein zeigt sie das blanke Gold, wenn alle Leidenschaft verrauscht, alle Genüsse ausgekostet sind. Stolz und heiter wie ein Bild auf Goldgrund, einer verheißenden Fata Morgana gleich, spendet sie dem von ihr Beglückten Köstlicheres, als die Liebe mit ihrem Hangen und Bangen, Hasten und Drängen, Begehren und Gewähren, und legt Ruhe und Freudigkeit und frohes Genießen in unser Herz."

„Ich danke für diese Mondscheingefühle und für die Geschwisterfreundschaft, die nichts ahnt von der Leidenschaft, die Mann und Weib zueinander zwingt. Nein, Undine, Sie haben keinen Begriff von der Liebe, wenn Sie mir ihre Freundschaft als Ersatz für das Große, Heilige, Wunderbare bieten können, das stürmisch meine Seele von Ihnen erfleht, Ihre Liebe."

„Niemals", kam es aus dem Munde des blonden Mädchens, das jetzt bleich mit dem Rücken gegen die Fensterwand lehnte, als suche sie eine Stütze. „Mein Platz ist hier."

Eine düstere Starrheit ging über Timms ernstes Gesicht. Nun zog er die Hacken aneinander und verbeugte sich tief vor der jetzt leicht zitternden Gestalt.

„Reisen Sie glücklich, Graf, und denken Sie freundlich an mich und den Gorlingshof."

„Ich werde versuchen, Sie zu vergessen, Gräfin, Sie und den Gorlingshof."

Noch eine steife, stumme Verneigung, und Graf Timm hatte das Zimmer verlassen. Bald darauf verließ er auch wohl das Haus.

Die Kerzen waren tief herabgebrannt, und die Frühlingssonne drang von außen immer sieghafter durch die Scheiben ins Gemach.

„Nun bin ich ganz allein", kam es von Undines Lippen, indem sie den rotblonden Kopf müde gegen das Fenster lehnte. „Auf Gnade und Ungnade dem anderen preisgegeben, der sein Bruder ist, den Dorret haßt, und den ich ebenso hasse, glühend hasse, nicht, weil er mir alles nimmt, sondern weil seine Selbstherrlichkeit, seine Art, zu bestimmen, und sein lächerlicher Spott, wo uns das Herz fast bricht, mich zwingt, ihn zu verachten."

Von fern her rauschte das Meer. Es warf seine weißen, schäumenden Wogen gegen die hohen Deiche, die den Gorlingshof schützend begrenzten, und wie ein dumpfes, fernes Grollen klang es zu dem einsamen Mädchen herüber, das erschauernd lauschte.

Das war ein seltsam Lied, das die Wogen sangen. Wie ein Herzschlag war es, der aus mächtigem Dunkel emporzuckt, wie ein ruheloses Schluchzen im Atemkampf des Lebens, über den es sich plötzlich schwer und dicht wie Todesstarre legt.

Undine bebte fröstelnd zusammen. Die Sonne war fort. Es war doch eisig kalt an diesem Frühlingstage.

* * *

Nach dem heute etwas verspäteten Mittagessen, als schon dunkle Schatten durch die weiten Räume des Gorlingshofes huschten, saßen in einem großen, weiten Gemach mit dunkel geschnitzten Möbeln die drei Gräfinnen Randolt im ernsten Gespräch bei dem flackernden Kaminfeuer. Mit tiefem Schlage tickte die alte, große Hausuhr ihr einförmiges „Tick-Tack".

Gräfin Lidwina saß kerzengerade in dem hochlehnigen Stuhl. Ihre erloschenen Augen starrten in die Flammen, als suchten sie dort ein fernes, weites Land, das sie nimmer finden konnten.

Gräfin Fridrun kauerte ihr zu Füßen auf einem niedrigen Hocker und schmiegte zärtlich ihren braunhaarigen Kopf an die Knie der alten Frau, deren dürre Hand jetzt leise beruhigend über die zarte Wange der jungen Frau strich.

„Du mußt es nicht so hart nehmen, Fridrun, beschwichtigte die alte Gräfin. Undine meint es gut, und es ist auch mein Standpunkt, von dem neuen Besitzer des Gorlingshofes nicht mehr anzunehmen, als uns unbedingt zusteht."

„Aber ich verstehe dich gar nicht, Mutter. Er hat doch heute bei Tisch in liebenswürdiger Weise mehr als einmal gesagt, wir sollten nur unsere Wünsche äußern, er würde sich glücklich schätzen, uns den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich zu gestalten, und er bäte dringend, in keiner Weise unsere Lebensgewohnheiten zu ändern, und da ist es mir geradezu unbegreiflich, wie Undine verlangen kann, daß wir hier alles aufgeben und in den alten Seitenflügel des Schlosses ziehen, der höchst unbehaglich und dabei so beschränkt ist, daß ich es nicht acht Tage darin aushalten würde."

„Undine hat recht", entgegnete die Greisin hart. „Nur der Seitenflügel des Schlosses steht den Frauen des Gorlingshofes als Wohnung zu, sobald der neue Besitzer als Herr einzieht."

„Ich will aber nicht so elendiglich wohnen, ich will nicht in den alten, finsteren, unwirtlichen Räumen meine ganze Jugend vertrauern. Ich fürchte mich zu Tode, wenn ich da drüben so weltabgeschieden wie eine Nonne leben soll. Ich ertrage es nicht. Ich will Licht, Leben, Wärme!"

„Fridrun!"

Kalt, hart, schneidend kam der Ruf aus Undines Munde. Mit zornig blitzenden Augen stand sie vor der jungen Frau, welche die weißen Hände auf dem Schoße der Greisin gestützt hielt und nun halb in scheuer Neugierde, halb in Furcht zu Undine aufsah.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 16. Febr. **(Verschiedenes.)** Das Reichswirtschaftsministerium hat der „Vereinigung der Siegerländer Landwirte" mitgeteilt, daß von dem Mehrerlös aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden ein Anspruch des Kommunalverbandes auf den nach Abzug der sechs Zehntel verbleibenden Rest des Häutemehrerlöses nur bei Schlachttieren in Frage kommt, deren Schlachtung im Bezirk des Kommunalverbandes stattfindet. Für verendete Tiere findet diese Verordnung vom 26. November 1919 keine Anwendung. Der Kommunalverband hat daher bei verendeten Tieren weder Anspruch auf die Häute noch auf den ihm bei Schlachttieren zufallenden Betrag aus dem Häutemehrerlös.

(Evangelische Gemeinde Kamen.) Die größere Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit der Frage der Ehrung der gefallenen Krieger. Es wurde beschlossen, in der Pauluskirche die Namen der Gefallenen anbringen zu lassen, die zur früheren größeren ev. Gemeinde gehört haben, und in der Lutherkirche die Namen derer, die aus der früheren ev. lutherischen Gemeinde auf dem Felde der Ehre geblieben sind. Die geplante Kriegerehrung soll als Wandmalerei ausgeführt werden und wird auch zur Verschönerung unserer Kirche beitragen. Die Gemeindevertretung hofft, die entstehenden Kosten in der Hauptsache durch freiwillige Gaben der Gemeindeglieder bestreiten zu können. Die Angehörigen unserer gefallenen Brüder werden jedenfalls gern zu der Schaffung eines Ehrenmals in den Kirchen beisteuern, und diejenigen Gemeindeglieder, die von Blutopfern verschont geblieben sind, werden umso mehr zu einem Dankopfer für die gefallenen Helden bereit sein. Freundliche Gaben werden von den Pfarrern und Presbytern jederzeit entgegengenommen. Von großer Wichtigkeit waren ferner die Verhandlungen über die Kleinkinderschule am Nordentor. Der Kleinkinderschulverein, dem diese Schule gehört, hat seinen gesamten Besitz der Kirchengemeinde angeboten unter der Bedingung, daß die Gemeinde die Schule im Sinne des verstorbenen Stifters Gottfried Betzler als evangelische Kleinkinderschule weiterführe. Die Gemeindevertretung nahm das Angebot unter der genannten Bedingung dankend an, da die Erhaltung der Schule im kirchlichen Interesse liegt. Endlich wurde beschlossen, der Kamener Siedlungsgesellschaft beizutreten.

Die Frist für die **Einreichung der Steuererklärung zu den Kriegsabgaben** ist von dem Reichsfinanzministerium bis zum 29. Februar verlängert worden. — Wie wir schon mitteilten, konnten die Behörden bis jetzt noch nicht einmal die Erklärungsformulare aushändigen. Sobald dies möglich ist, wird die Frist zur Einreichung allerdings sehr kurz bemessen sein. (TU)

(Die 100%ige Erhöhung der Fracht- und Personentarife.) Der preußischen Landesregierung ist ein Entwurf über die Erhebung neuer Zuschläge zu den Tarifen der Staats-Eisenbahnen zugegangen. Danach sollen vom 1. März ab zu den Frachtsätzen 100% Zuschlag erhoben werden. Die Erhöhung der Personentarife kann ohne Gesetz erfolgen. Sie beträgt ebenfalls 100% mit Ausnahme des Nahverkehrs in den Großstädten, der einer besonderen Tarifregelung unterliegt. Vom 1. März ab werden die Personenfahrpreise verdoppelt und zu jeder Fahrt doppelte Fahrkarten ausgegeben.

(Milchlieferung aus Holland.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, daß mit den niederländischen Molkereivereinigungen Verhandlungen über eine zweijährige Milchversorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes stattfinden. Im Sommer sollen täglich 50 000 und im Winter 30 000 Liter Milch geliefert werden. — Der Preis wird sich in unserer Stadt auf ungefähr 2,80 Mk. für das Liter stellen.

(Einfuhrerleichterungen für amerikanisches Fleisch.) Der preußische Landwirtschaftsminister hat alle Regierungspräsidenten der Grenz- und Küstenbezirke veranlaßt, Einfuhrverbote für frisches Rindfleisch aus Amerika aufzuheben, und ferner die Zollbehörden anzuweisen, die Forderung der Beibringung der durch die Kaiserliche Verordnung vom 3. September 1891 vorgeschriebenen Fleischbeschauatteste bei der Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch fallen zu lassen.

(Die Konkurrenzklausel der Angestellten.) Trotz vielfacher Ausschließung der Konkurrenzklausel durch Tarifverträge werden immer noch Anstellungsverträge geschlossen, in denen das Wettbewerbsverbot (Konkurrenzklausel) eine erhebliche Rolle spielt. Das Gesetz vom 10. Juni 1914 bestimmt, daß dem durch eine Konkurrenzklausel gebundenen Angestellten eine Entschädigung zu zahlen ist, wenn er infolge der Konkurrenzklausel stellenlos bleibt oder eine Stellung mit niedrigerem Gehalt annehmen muß. Diese Schutzbestimmung gilt jedoch nicht für die Angestellten, deren Einkommen 8000 Mark im Jahre übersteigt. Mit Rücksicht auf die gesunkene Kaufkraft des Geldes hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) das Reichsjustizministerium gebeten, diese Einkommensgrenze zu beseitigen und so allen Angestellten die Wohltaten des Gesetzes zu sichern.

Dortmund, 14. Febr. **(Preissteigerungen und Krankheitszunahme.)** In der gestrigen Pressevers[a]mmlung wurde fast nur von weiteren Preiserhöhungen Kenntnis gegeben. So muß der Zwieb[a]ckpreis erhöht werden, weil der Margarine- und der Zuckerpreis gestiegen ist. Der letztere deshalb, weil der Zucker für die hiesige Gegend aus Tangermünde mittels Schiffs befördert wird und die Schiffsfracht sich zurzeit erheblich höher, als die Eisenbahnfracht stellt. Der Preis für ausländischen Käse kommt deshalb so hoch, da es sich durchweg, soweit er im freien Handel ist, um Schieberware handelt. Den Städten wird die Einfuhr durch Kriegsgesellschaften unmöglich gemacht. Eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise steht vor der Tür, sie wird für einzelne Sorten bis zu 4 Mark betragen. Die Fleischpreise erfahren auch nächstens eine Erhöhung. Holländische Vollmilch wird bald zur Verteilung gelangen, Dortmund soll täglich 6000 Liter erhalten. Der Preis stellt sich auf 2,80 Mark für das Liter. Der Gesundheitszustand ist in Dortmund zurzeit keiner guter. Pockenerkrankungsfälle sind bisher nicht bekannt geworden, Schüler aus benachbarten Orten, wo Pockenerkrankungen stattfanden, sind beurlaubt und dürfen die hiesigen Schulen nicht besuchen. Dagegen machen die Erkrankungen an Grippe Fortschritte. Während in der vorigen Woche die Zahl der Todesfälle täglich noch 12 bis 15 betrug, stieg die Zahl für den letzten Sonntag und Montag auf 45. Zur Bekämpfung der Seuche geschieht alles mögliche.

⊙ **Hörde,** 16. Februar. **(Schwerer Einbruch in die Synagoge.)** In der Zeit vom 7. bis zum 12. ds. Mts. ist in der Synagoge an der Viktoriastraße ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden, bei dem den Tätern wertvolle Bestandteile des Altarschmucks in die Finger fielen, und zwar die zu dem Thora-Schmuck gehörigen 6 silbernen Platten mit hebräischer Inschrift, ca. 25×35 Zentimeter groß, 6 silberne Aufsätze und 4—5 silberne Zeigestöcke, ein silberner Pokal (heil. Becher). Außerdem entwendeten die Diebe einen weiß-leinenen und einen schwarzen Talar. Der Diebstahl wurde gestern abend entdeckt, als der Gottesdienst in der Synagoge beginnen sollte. Durch sofortige Untersuchung konnte festgestellt werden, daß der Dieb durch den für den Prediger bestimmten Seiteneingang in die Synagoge eingedrungen ist. Der Türbeschlag am Schloß war erbrochen, das Schloß selbst aber unbeschädigt und mittels Nachschlüssels geöffnet und auch wieder abgeschlossen worden. Die Synagogen-Gemeinde setzt eine hohe Belohnung auf die Ermittelung des Täters bzw. Rückerhalt des Schmucks aus.

s **Schwerte,** 14. Febr. **(Selbstmord.)** Gestern früh wurde an einem Haken, der an der Wand des Pferdestalles am „Freischütz" angebracht ist, ein Mann erhängt vorgefunden.

(s) **Hennen,** 14. Febr. **(Brandstiftung.)** Donnerstag abend wurde ein dem Gutsbesitzer Späing zu Hennen gehöriger im Ruhrtal aufgebauter Haferhaufen durch Feuer vernichtet; der in jetziger Zeit doppelt wertvolle Inhalt ist vollständig ein Raub der Flammen geworden. Als der Brandstiftung stark verdächtig wurden zwei 13jährige Burschen von Schwerte festgenommen.

Essen, 14. Febr. **Von Einbrechern erschossen** wurde frühmorgens der Schaffner Karl Rick. Er überraschte im Stalle zwei Diebe, die bereits eine Anzahl Hühner, Kaninchen und ein Schwein abgeschlachtet hatten. Beim Eintritt in den Stall erhielt Rick einen Schuß in den Leib, der den sofortigen Tod herbeiführte.

Aus dem Kreuzverhör mit Erzberger

ist noch erwähnenswert: Helfferich: Hat der Herr Nebenkläger mit Herrn Geheimrat Will, dem Chef des Prüfungsamtes der Sprengstoffe, über die Kowatsche Erfindung gesprochen und dabei betont, daß er an diesem Unternehmen finanziell beteiligt sei? — Erzberger: Meines Wissens habe ich mit Herrn Geheimrat Will überhaupt nicht gesprochen. — Helfferich: Ich werde Zeugen dafür stellen, daß der Nebenkläger mit Herrn Geheimrat Will verhandelt hat. — Erzberger: Es ist ja möglich, daß ich mich durch die Aussage der Zeugen an die Sache erinnere. Man kann doch unmöglich von mir verlangen, daß ich mich an jedes Gespräch erinnere, das ich vor 10 Jahren geführt habe. Als das Unternehmen marschierte, trat ich aus der Sache heraus. Kurz darauf ist das Patent zu einer Riesensumme verkauft worden. Hätte ich meine Anteile behalten, so würde ich Hunderttausende verdient haben. — Vorsitzender: Wann sind Sie ausgetreten? — Erzberger: 1915 oder 1916. — Helfferich: Ich kann es Ihnen ganz genau sagen, August 1916. — Auf die Frage, wann Thyssen sich an dem Sprengstoffunternehmen beteiligt habe, antwortet Erzberger: Die Beteiligung Thyssens geschah im Frühjahr 1915. — Vorsitzender: Jawohl, offiziell, deswegen konnte er aber schon vorher beteiligt sein. — Helfferich: Herr Erzberger, ich teile Ihnen mit, daß Herr Thyssen senior mir selbst gesagt hat, er sei bereits im Herbst 1914 in Form eines losen Konsortiums an dem Unternehmen beteiligt gewesen. Ich lege Ihnen meine Frage noch mals vor. — Erzberger: Ich kann mich auf den Termin nicht festlegen. — Vorsitzender: Ich will die Frage noch einmal formulieren und bitte Ew. Exzellenz, zu überlegen, was Sie antworten wollen: War Thyssen 1914 bereits mit 25 Prozent an dem Unternehmen beteiligt? und waren Sie, Exzellenz, mit 25 Prozent beteiligt? — Erzberger: Darauf kann ich nicht präzise antworten. — Helfferich: Dann müssen wir Herrn Thyssen und andere Zeugen hören.

Rechtsanwalt Alsberg: Ich richte nun folgende Frage an den Herrn Nebenkläger: Haben Sie in Gladbeck in Westfalen mit dem Direktor der staatlichen Bergwerksinspektion, dem Geheimen Oberbergrat Mehr, wegen einer Lizenzgebühr verhandelt? — Erzberger: Das ist möglich. Ich glaube, ich habe damals 1 Pfg. pro Tonne gefordert. — Rechtsanwalt Alsberg: Man hat Ihnen damals vorgerechnet, daß der Bergwerksfiskus in diesem Falle Ihnen jährlich ¾ Millionen Mark, der Kohlenbergbau Ihnen jährlich 2½ Millionen Mark Lizenzgebühr zahlen müßten, wenn man Ihr Verfahren einführen wollte. — Vorsitzender: Hat diese Unterredung zwischen Ew. Exzellenz und dem Bergwerksinspektor stattgefunden? — Erzberger: Ich kann mich nicht genau daran erinnern, aber es mag wohl sein. — Rechtsanwalt Alsberg: Wurde dem Herrn Nebenkläger vom Oberbergrat nicht gesagt, daß seine Forderungen geradezu ungeheuerlich seien, wenn er für die Tonne 1 Pfg. verlange? Sie haben dann drei Forderungen aufgestellt: 1. verlangten Sie eine Lizenzgebühr von 1 Pfg. pro Tonne, das ergab nach der Berechnung eine Summe von 4¼ Millionen Mark, 2. forderten Sie eine feste Jahresgebühr und 3. wollten Sie das Patent verkaufen. — Erzberger: Ich kann mich gar nicht mehr daran erinnern.

Rechtsanwalt Alsberg: Exzellenz, wieviel haben Sie denn im ganzen eingezahlt? — Erzberger: 2200 Mark. — Rechtsanwalt Alsberg: Dann war doch das Geschäft nicht so ganz unlukrativ, wenn man 2200 Mark einzahlt und 30 000 Mark herausbekommt. — Helfferich: Ist das Patent nicht während des Krieges ans Ausland für 900 000 Mark verkauft worden? Halten Sie diese Veräußerung für so wichtig, daß sie mit den Allgemeininteressen vereinbar war? — Erzberger: Als der Verkauf erfolgte, war ich schon aus der Gesellschaft ausgeschieden. — Helfferich: Aber die Vollmacht dazu ist doch Budapesterstraße 14 (Geschäftszimmer der Waffenstillstandskommission, deren Vorsitzender Erzberger war.) ausgestellt worden, nicht wahr? — Erzberger zuckte die Achseln. — Helfferich: Sie ist dort ausgestellt, und ich muß jeden als einen Vaterlandsfeind bezeichnen, der während des Krieges eine solche Erfindung an das Ausland verkaufte. Sie haben eine Blankovollmacht zum Verkauf ins Ausland ausgestellt. — Vorsitzender: Exzellenz, haben Sie eine Blankovollmacht ausgestellt? — Erzberger: Ich kann mich nicht erinnern. — Helfferich: Ich habe das von absolut sicherer Seite, daß am 7. August 1916 von Herrn Erzberger eine Blankovollmacht zu diesem Verkauf ausgestellt worden ist. Sie wissen das ganz genau, Herr Erzberger, wer war denn der Notar, der dabei mitgewirkt hat? — Erzberger: Ich hatte eine ganze Reihe von Notaren. — Vorsitzender: Haben Sie die Ausstellung einer Blankovollmacht nicht für bedenklich gehalten? — Erzberger: Sie sollte ja nur als Legitimation bei den Verhandlungen dienen.

Aus aller Welt.

— **Förderung des Acker- und Gemüsebaues.** In Aschersleben, dem Zentrum des deutschen Gemüsesamenbaues, wird voraussichtlich zum 1. April 1920 eine Zweiganstalt der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Berlin-Dahlem, errichtet werden. Der Zweiganstalt wird die Aufgabe gestellt werden, die pflanzlichen und tierischen Schädlinge der Gemüsesamenpflanzen zu erforschen und geeignete Bekämpfungsmaßnahmen ausfindig zu machen. Die künftige Anstalt hat nicht nur eine örtliche Bedeutung für die samenbautreibenden Gebiete in der Umgebung von Aschersleben, Quedlinburg und Erfurt. Ihre Bedeutung erstreckt sich auf das ganze Reich, weil diese Gebiete es sind, die Deutschland mit den betreffenden Samen und Pflanzen versorgen. Den etwa 200 ha umfassenden früheren Heeresgasplatz Breloch mit seinen umfangreichen Laboratorien will man für kulturelle Zwecke verwenden. Es ist beabsichtigt, ihn geeignetenfalls teils für Zwecke der Schädlingsbekämpfung, teils als Versuchsfelder zu benutzen. Vor kurzem weilten zwei Herren von der Versuchsanstalt für Pflanzenphysiologie und Pflanzenpathologie in Budapest im Auftrage des ungarischen Ackerbauministeriums in Deutschland, um sich über die bestehende Pflanzenschutzorganisation und den Ankauf von chemischen Pflanzenschutzmitteln zu unterrichten. Wegen der hohen Bedeutung des Pflanzenschutzes und der Schädlingsbekämpfung für die Landesproduktion beabsichtigt Ungarn, beide auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und hierfür ein besonderes Gesetz zu erlassen.

— **Zur Behebung der Kartoffelnot** beschloß der hessische Ernährungsbeirat, die bereits eingedeckte Bevölkerung zur freiwilligen Abgabe von je 25 Pfd. pro Kopf und die Erzeuger zur Abgabe von je einem Morgen der Ernte zu veranlassen. An die Stelle der freiwilligen Abgabe wird nach einem bestimmten Termin die zwangsweise Enteignung treten. Die Ration wurde von sieben auf fünf Pfund herabgesetzt.

— **Niedriger hängen!** Die Brennabor-Werke, Zweigniederlassung Hamburg, haben, wie die „Deutsche Tageszeitung" meldet, einem ihrer Kunden in Flensburg die überraschende Mitteilung zukommen lassen, daß Flensburg nicht mehr wie bisher zum Bezirk Hamburg gehört, sondern hinfort von Dänemark aus bearbeitet wird. Das von einer deutschen Firma hören zu müssen, ist höchst bedauerlich. Das sieht aus, als ob wir Deutschen Flensburg schon aufgegeben hätten, während doch im Gegenteil die beste Aussicht dafür besteht, daß wir es behalten.

— **Eine neue Stadt in Sachsen.** Die Gemeinden Deuben, Poschappel und Döhlen haben ihre Vereinigung zu einer Stadt zum 1. April beschlossen. Die neue Stadt soll den Namen Plauenscher Grund tragen.

— **Wie heute das Pelzwerk bezahlt wird.** Im Kreise Worbis im Eichsfeld hatte ein Waidmann das Glück, zwei Füchse zu erlegen. Für die beiden Bälge erhielt er die stattliche Summe von zwölfhundert Mark.

— **Brudermord.** In der Wohnung des bekannten Kunsthistorikers Wolt in München hat der 17jährige Gymnasiast Max Volt einen 19jährigen Bruder, den Gymnasiasten Friedrich Volt, durch einen Schuß in den Kopf getötet. Man fand einen Zettel, auf dem Max Volt geschrieben hat, daß er seinen Bruder ohne vorhergegangenen Streit erschossen. Der Getötete war seit Montag krank und mußte im Bett bleiben. Der Brudermörder ging am Dienstag vormittag nicht ins Gymnasium und dürfte im Laufe des Vormittags die Tat ausgeführt haben. Man steht hier vor einem Rätsel.

— **Radikale Propaganda eines Polizeiassistenten.** Die bayerische Regierung hat den Polizeiassistenten Johann Huber, der der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehört und wegen radikal-sozialistischer Propaganda vom Polizeipräsidenten aus dem Dienste entlassen worden war, wieder in sein Amt eingesetzt und sich mit einer Verwarnung begnügt. Die München-Augsburger Abendzeitung verurteilt dieses Vorgehen der Regierung als staatliche Untergrabung der Staatsautorität auf das schärfste.

— **Zu einem denkwürdigen Augenblick** gestaltete sich der Abschied der deutschen Truppen in Kreuzburg. Es kam hierbei zu spontanen Kundgebungen der gesamten Bevölkerung. Die Einwohner hatten ihre Häuser mit preußischen und deutschen Fahnen geschmückt und brachten den Truppen lebhafte Ovationen dar. Nach dem Abzug der Truppen wurden die Fahnen halbmast gehißt und das Trauergeläut der Glocken brachte die Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck.

— **Grippeepidemie in Oberschlesien.** In Oberschlesien tritt gegenwärtig die Grippe epidemisch auf. Die Krankheit fordert erhebliche Todesopfer; eine Abschwächung war bisher nicht zu bemerken.

— **Tod in den Bergen.** Der Grazer Chirurgieprofessor und Frauenarzt, Prof. Dr. Sippel, der mit seiner Frau eine Gebirgstour unternahm, ist in der Nähe des Roseggerhauses erfroren aufgefunden worden. — Der Wiener Bankbeamte Hans Helwig ist von der Schneealpe abgestürzt und tot liegen geblieben.

— **Das Schwurgericht in Paris** verurteilte Quien, weil er angeblich in Belgien, in Deutschland und in der Schweiz während des Krieges denunziert habe, unter Zuerkennung mildernder Umstände zu 20 Jahren Haft. Das erste Urteil hatte auf Verurteilung zum Tode gelautet.

— **Gegen die Wohnungs-Zwangsrationierung** wird in Württemberg allerwärts Stellung genommen. So wurde in Heilbronn von einer Anzahl Villenbesitzern und Besitzern von Einfamilienhäusern eine Summe von rund einer halben Million Mark gezeichnet für den Fall, daß die Gemeindebehörde darauf verzichte, in ihren Häusern Notwohnungen einzubauen. Die württembergische Regierung hat zur Ablösung der Wohnungsrationierung an die Stadtverwaltungen einen Erlaß gerichtet, in dem angesichts der Belästigungen durch die Zwangseinmietungen, die Frage aufgeworfen, ob nicht die Ablösung der empfindlichsten Form der Rationierung von Wohnungen durch die Hergabe von Mitteln zur Beschaffung weiterer Wohnungen gestattet werden soll.

— **Eine politische Entführung?** Eine reichlich mysteriöse Geschichte erzählt die „B. Z." aus Landsberg a. d. W. Der seit längerer Zeit vermißte Parteisekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Krause, aus Schmagorei (Kreis Oststernberg) ist, wie jetzt einwandfrei festgestellt wurde, von spartakistischen Elementen widerrechtlich festgenommen und über Frankfurt (Oder) nach Berlin verschleppt worden. Nach Abnahme seines Bargeldes, sämtlicher Papiere und Schriften wurde er nach zwölf Tagen wieder freigelassen. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben. An den zuständigen Berliner Stellen ist von dieser Angelegenheit nichts bekannt.

— **Palais Morgan durch Feuer zerstört.** Das Neuyorker Palais Morgan wurde von einer nächtlichen Feuersbrunst heimgesucht und zerstört. Es ist vor drei Jahren von dem verstorbenen Milliardär seinem Sohne hinterlassen worden. Die Ursache des Brandes ist noch unaufgeklärt. In dem völlig verbrannten Palais fand man die Reste der Schwiegertochter Morgans und ihrer Töchter von 14 und 13 Jahren.

Drohender allgemeiner Bergarbeiterstreik in England.

(TU) **Rotterdam,** 14. Febr. Aus London wird berichtet, man erwarte innerhalb sechs Wochen einen allgemeinen Streik der Bergarbeiter in England wegen der Ablehnung der Verstaatlichung der Bergwerke im Unterhause.

Wochenchronik.

Die Wetterkundigen prophezeihn:
Wärmere Tage und Regen.
Derlei soll uns willkommen sein,
Wir nehmen es hin als Segen.
An Kohlen ist klein Gericht und Zahl
Und teuer sind Holzes Scheite,
Demnach zeigt sich der Regen mal
Von höchstwillkommener Seite.

Aber der Wetterprophete hat
Nicht recht mit seinen Prognosen,
Hört man nicht über Land und Stadt
Mächtiger Sturmwinds Tosen?
Ich lauschte hinaus in die [illegible]e Nacht,
Das wehte und stürmte und [illegible]ause!
Ich habe des heiligen Sturmes gedacht,
Der durch die Pfingstnacht brauste.

Was ist's doch? Was spüren wir jetzt durchwehn
Unwiderstehlich die Lande?
Dich, heiligster Geist Altdeutschlands, sehn
Wir streitend wider die Schande.
Wider die Schande, mit der der Haß
Möcht' morden unsere Ehre.
Ach, eins, Gott, deutschem Volke laß:
Daß es der Schande wehre!

Wir trugen der Schmach u. der Schande genug,
Nun fülle du sie, Deutschland bezwingen!
Wo je dich ein einiges Wollen trug,
Konnt' dir noch alles gelingen.
Drum stehe zusammen in einigem Sinn,
Dann baust du dir eherne Mauern:
Wirf den Feinden ein wuchtiges „Niemals" hin
Und sie werden respektvoll erschauern.

Das wär' dann mal wieder ein Freudentag,
Könnt' man dergleichen erleben.
Ob bald ihm ein anderer folgen mag,
Das wird ja die Zukunft ergeben. —
Einstweilen ein Weh durch die Seelen uns geht,
Doch mag das Bewußtsein es lindern
Daß über Nordschleswig der Danebrog weht,
Das konnten wir nicht verhindern.

Wie quälen gegen dergleichen noch
Uns wenig jetzt and're Gedanken:
Erzberger und Helfferich zanken sich — doch
Mögen sie weiter sich zanken!
Auch jenes Verfahren bedrückt uns nicht
Gegen den Hauptmann von Kessel —
Was sind uns gegen das Weltgericht
Prozesse doch und Prozessel. Uli.

Vereinsnachrichten.

Oberaden, 16. Febr. **Der Bandoneonklub „Alpenrausch"** hielt am 2. Februar im Vereinslokal H. Kötter eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der beschlossen wurde, an dem Bandoneonwettstreit in Kaiserau teilzunehmen, ferner am 2. Ostertage ein Kränzchen zu feiern mit Theater und Ball. Danach zeigte unser Dirigent seine Virtuosität im Bandoneonspiel und dann wurde die Versammlung mit einem dreimaligen „Gut Klang" geschlossen.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 16. Febr. Nach der Verfassung des Deutschen Reiches soll dem Arbeiter unter vielem andern eine gerechte Entlohnung gesichert sein, indem sie die demokratische Verfassung des Staates, der in Zukunft keine Herrschaft einzelner mächtiger Persönlichkeiten mehr kennt, auch auf die Fabriken und Bergwerke überträgt und die Arbeiterschaft an der Leitung dieser Betriebe beteiligt. Dadurch sind die Arbeiter und Angestellten berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken. Zu diesem Zweck werden von den Arbeitern und Angestellten Betriebsräte gewählt, welche die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten und wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung zu verhindern haben. An den Arbeitern aber selbst soll und muß es liegen, die ihnen durch die Betriebsräte verliehene Macht einsichtsvoll und unparteiisch zu gebrauchen. Das eigentliche Gesetz über die Betriebsräte ist verabschiedet und wer den Verhandlungen gefolgt ist, muß zu dem Ergebnis gekommen sein, daß die künftigen Betriebsräte eine verantwortungsvolle Arbeit auf sich nehmen. Wenn das Gesetz, wie man schon jetzt voraussehen kann, auch seine Mängel hat, so muß man doch bedenken, daß man bei der Schaffung und Gestaltung desselben von dem Gedanken geleitet wurde, durch das Gesetz für unsere darniederliegende Industrie eine fruchtbringende Entwickelung zu schaffen. Mit Recht zerbricht man sich deshalb schon heute, obwohl noch keine Wahlen angesetzt sind, den Kopf, ob unter den Arbeitern auch wirklich geeignete Leute zu finden sind, die sich zur Wahl als Betriebsrat eignen. Wenn auch im großen und ganzen der Arbeiterstand heute ganz anders bewertet wird, als es früher der Fall war, so kann doch nicht weggeleugnet werden, daß die eigentliche Wissensbildung der Arbeiter und das, was bisher nur ungenügend dazu gelernt wurde, nicht ausreicht, den heute an sie gestellten Forderungen gerecht zu werden. Was in vergangenen Jahren verbummelt wurde, rächt sich nun bitter und da helfen auch heute die Nachhilfestunden nicht, durch die man die Kenntnisse in letzter Minute noch eintrichtern will. Bedenkt man, wer an dem Unterricht teilnimmt, dann muß der Unterricht der geistigen Aufnahmefähigkeit des Zuhörers resp. des Lernenden auch angepaßt sein und ein begrenzter vier- bis sechswöchentlicher Ausbildungskursus zum Betriebsrat bringt dem Arbeiter nicht das, was ihm zum wirklichen Betriebsrat fähig machen soll. Es wird nichts übrig bleiben, als ein neuer Lernanfang von Grund auf mit Hilfe der Organisation, und schon heute befähigten Arbeitskollegen. Den dazu befähigten Arbeitskollegen kann sich ein ersprießliches Feld uneigennütziger segensreicher Tätigkeit entfalten, indem sie ihre Kenntnisse in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Wissen ist Macht, und kein Arbeitskollege darf sich schämen, bekennen zu müssen, daß auch er zu denen gehört, die ihre bisher vernachlässigten Kenntnisse nun mit Gewalt erweitern wollen. Kollegen, die befähigt sind, andere aufklären und unterrichten zu können, sind bekannt und ich bin überzeugt, daß, wenn man an sie herantritt, sie auch für die Allgemeinheit etwas tun werden. Auch würden diese Kollegen als Kandidaten zu den Betriebsräten geeignet sein, denn die Arbeiter sollen und müssen nur dazu wirklich geeignete Kollegen wählen, um von ihnen zunächst zu lernen, sich dann ebenfalls bis zur nächsten Neuwahl (nach 1 Jahr) heranzubilden und so einen Reservebestand geschulter Kräfte heranbilden, um die dadurch gewonnene Macht wirklich entfalten zu können. Kenntnis der Bestimmungen der Gewerbeordnung, Versicherungsordnung, Umsatzsteuergesetz und des kommenden Arbeitsrechts, ist unumgänglich nötig. Ist man sich im Ganzen des Betriebsrätegesetzes klar, dazu im Ganzen anders, anders im Denken und Tun, und tritt an Stelle der Selbstsucht Gemeinsinn und an Stelle der bisherigen Ausbeutung gegenseitige Förderung, erkennt man weiter die Arbeit als Pflicht jedes Einzelnen an, so können wir hoffen, durch das Betriebsrätegesetz eine segensreiche Zusammenarbeit herbeizuführen.

Ernst Otto-Mann.

Redaktions-Briefkasten.

Herrn B. in Kamen. Sie haben gegenüber einem Mieter, der seinen Pflichten nicht nachkommt, genau die gleichen Rechte wie früher, als Kündigung bezw. Räumungsklage, Schadenersatzforderung usw.

F. B. 100 in Kamen. Ihr Mieter ist nicht berechtigt, einen Hund zu halten. Ersuchen Sie ihn, innerhalb 8 Tagen das Tier abzuschaffen. Weigert er sich, so drohen Sie ihm eine Räumungsklage an.

Br. A., Kamen. Einer polizeilichen Anmeldung bedarf es nicht. Wollen Sie den Verein in das Vereinsregister des Amtsgerichts eintragen lassen, so muß er mindestens 7 Mitglieder zählen.

M. G. B. in Oberaden. Sie müssen unterscheiden zwischen Witwenrente und Witwengeld. Witwengeld erhält die Ehefrau eines früheren Invalidenrentenempfängers nur dann, wenn sie selbst Marken geklebt hat und zwar wird ihr in diesem Falle der zwölffache Monatsbetrag der Invalidenrente gezahlt. Witwenrente erhält die Frau dagegen erst dann, wenn sie selbst invalide im Sinne des Versicherungsgesetzes ist. Sollte, was sich aus Ihrem Briefe nicht mit Sicherheit erkennen läßt, der Ehemann schon vor 10 Jahren gestorben sein, so würde seiner Witwe weder Witwenrente, noch Witwengeld zustehen, weil diese Leistungen erst im Januar 1913 mit Einführung der Reichsversicherungsordnung geschaffen worden sind.

G. St., Methler. Ein unbedingt zuverlässiges Mittel gegen Motten gibt es nicht. Den sichersten Schutz bei Pelzsachen gewährt regelmäßiges tüchtiges Klopfen und Ausbürsten sowie Zwischenstecken von Pfeffer, Kampher, Terpentin, Lavendel und Wacholder. Auch Räucherungen mit gutem persischen Insekten-Pulver und Schwefelfäden haben sich als Abwehrmittel erwiesen.

R. W. 300 in Methler. Setzen Sie sich wegen Ihrer Entschädigungsansprüche mit dem Reichskommissar, Berlin, Potsdamerstraße 38, in Verbindung.

1000, Heeren. Sind keine abweichenden Bestimmungen getroffen, so kann eine Hausangestellte, die monatweise gemietet ist, den Dienstvertrag jederzeit mit 14tägiger Kündigung vom 15. zum 1. aufkündigen.

Nun werden wieder neue Blüten
Auf Euren Lebensweg gestreut,
Auf dass Euch Gott mög' stets behüten
Gesund u. frisch, genau wie heut,
Geht froh der Zukunft jetzt entgegen,
Des Himmels Segen sei Euch hold
Auf Euren künftigen Lebenswegen
Bis dass Euch schmücket, der Myrthe Gold.

Ein hoch dem Jubelpaare!

Unserm langjährigen I. Kassierer und lieben Kameraden

Wilhelm Pfeiffer
und seiner lieben Frau
Emilie geb. Kupper
zu ihrer am 16. Februar stattfindenden
Silberhochzeit
die herzlichsten
Glück- u. Segenwünsche. 609

Gewidmet vom Vorstand und Kameraden des Knappen-Vereins Kameradschaftliche Eintracht Glück-Auf in Kamen.

Tuche en gros
Seidensticker & Scheurer,
Dortmund, Westenhellweg 17 II, Telephon 7265.
Großes Lager französischer, englischer,
Damen- u. Herrenstoffe
Paletots, Hosenstreifen. 604
Lagerbesuch lohnend!

Für Oberaden
Zeitungsboten
sofort gesucht.
Kamener Zeitung,
Unnaerstr. 163.

Tücht. Arbeiter
für Herstellung von Zementwaren werden sofort eingestellt. 601
Ziegelei Krufe,
Overber e.

Gegen Katarrhe
EMS Emser Wasser

Geflügelzuchtverein
Overberge, Lerche
Rottum und Derne.
General-Versammlung
Dienstag, 17. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokale Schulze Wiesbrauck. 602
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Besprechung über Beteiligung an der Kreis-Geflügel-Ausstellung in Wönen am 6. und 7. März d. Js.
3. Gemeinsame Bestellung von Bruteiern.
4. Gemeinsamer Bezug von Kückenfutter.

Der Vorstand.

3 Gänse
zu verkaufen oder gegen **Hühner** zu vertauschen. 570
Bergkamen,
Wilhelmstraße 1.

Dienstmädchen
sofort oder z. 1. März gesucht. 571
Frau Fritz Tappenbeck,
Weststraße 48.

Tüchtiger
Großstückarbeiter
auf Lohntarif I gesucht
C. Simon, Methler
Maßgeschäft feiner Herrenbekleidung.

Suche zum 1. April
Mädchen
von 14 bis 17 Jahren
für Mast, Rottum.

Für besseren Haushalt nach auswärts
1 Es- und 1 Zweitmädchen
für sofort gesucht.
Näheres 541
Weststraße 7.

Am Mittwoch vormittag gegen 11 Uhr wurde auf der Weststraße ein
Damenpelzkragen
verloren. Wiederbringer erhält Belohnung.
Abzugeben in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 616

Viele vermögende Damen, die sich bald glücklich verheiraten möchten, wenn auch ohne Vermögen, erhalten Auskunft durch **W. Alscher**, Berlin N. 31.

Hebammengebühren.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes betreffend die Gebühren der Hebammen vom 10. Mai 1908 (Gesetzsammlung Seite 102) setze ich für den Umfang des Regierungsbezirks Arnsberg folgende Gebührenordnung fest:

§ 1. Den Hebammen (§ 30 Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung) stehen für ihre berufsmäßigen Leistungen Gebühren nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu:

§ 2. Die niedrigsten Sätze gelangen zur Anwendung, wenn nachweisbar Unbemittelte oder Armenverbände die Verpflichteten sind. Sie finden ferner Anwendung, wenn die Zahlung aus Staatsfonds, aus den Mitteln einer milden Stiftung eines Organes der gesetzlichen Zwangskrankenversicherung (Gemeindekrankenversicherung, Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-Knappschafts-, eingeschriebene Hilfskassen) zu leisten ist, soweit nicht besondere Schwierigkeiten der Leistung oder das Maß des Zeitaufwandes einen höheren Satz rechtfertigen.

§ 3. Im übrigen ist die Höhe der Gebühren innerhalb der festgesetzten Grenzen nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles, insbesondere nach der Schwierigkeit und Zeitdauer der Leistung und nach der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen zu bemessen.

§ 4. Die in den folgenden Nummern bezeichneten Leistungen unterliegen nachstehenden Gebührensätzen:

1. Für den Beistand bei einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden 24—30 Mk.
   Für jede folgende Stunde 2—3 Mk.
2. Für den Beistand bei einer Zwillingsgeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer mit Blutungen und deren Folgen oder mit Krämpfe, mit Lösung der Nachgeburt oder mühsamer Wiederbelebung des Kindes verbundenen Geburt, desgleichen für den Beistand bei einer Entbindung, zu der ein Arzt zugezogen wurde, erhöht sich die Gebühr auf 30 bis 36 Mk.
3. Für den Beistand bei einer Fehlgeburt — oder vorzeitigen Geburt oder bei Abnahme einer Mole für die Dauer bis zu sechs Stunden 20—25 Mk.
   Für jede folgende Stunde 2—3 Mk.
4. Für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch, für jede angefangene Stunde bei Tage 2—4 Mk., bei Nacht 4—6 Mk.
5. Für jeden sonstigen Besuch einschließlich der dabei erfolgenden Untersuchungen und Verrichtungen für jede angefangene Stunde 3—6 Mk., bei Nacht 4—12 Mk.
6. Für eine Tagewache außerhalb der Zeit der Geburt (Besuche eingeschlossen) 6—8 Mk.
   Für eine Nachtwache 8—10 Mk.
   Für eine Tage- und Nachtwache 10—12 Mk.
7. Für eine Ratenteilung in der Wohnung der Hebamme bei Tage 1—2 Mk., bei Nacht 2—4 Mk.
8. Für eine Untersuchung in der Wohnung der Hebamme einschließlich der Ratenteilung bei Tage 2—4 Mk., bei Nacht 4—8 Mk.
9. Für ein schriftliches Zeugnis außer der Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch 2 Mk.

Als Nacht im Sinne vorstehender Vorschriften gilt in den Monaten April bis September die Zeit von 10 Uhr abends mit morgens 7 Uhr, in den anderen Monaten die Zeit von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens.

§ 5. Bei Verrichtungen in Häusern, die mehr als zwei Kilometer von der Wohnung der Hebamme entfernt liegen, sind der Hebamme, falls ihr nicht freies Fuhrwerk gestellt wird, sowohl für den Hin- als auch für den Rückweg entweder die baren Auslagen für tatsächlich benutztes Fuhrwerk oder 0,50 Mk. Wegegelder für jedes zurückgelegte Kilometer Landweg bezw. die Fahrkosten der dritten Wagenklasse bei Benutzung der Eisenbahn zu erstatten. In diesen Fällen erhöht sich außerdem der Anfangssatz zu § 4 Ziffer 1 und 2 um 25 v. H. Im übrigen sind der Hebamme die baren Auslagen für die bei ihrer Hilfeleistung verwendeten Desinfektionsmittel und Verbandstoffe, soweit diese nicht aus den öffentlichen Mitteln gestellt werden, zu ersetzen.

§ 6. Diese Gebührenordnung tritt am 15. Februar 1920 in Kraft.

Arnsberg, den 2. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht! 591
Hamm (Westf.), den 9. Februar 1920.
Der Landrat: gez. Schulze-Pelkum.

Anordnung
betr. Reichsreisebrotmarken.

Auf Grund des § 59 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 535) und der Anordnung des Preußischen Landes-Getreideamtes vom 31. Januar 1920 wird mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten die Anordnung des Kreisausschusses betreffend Reichsreisebrotmarken in der zurzeit gültigen Fassung wie folgt abgeändert:

I. Reichsreisebrotmarken werden für jeden Reisetag vier Stück über zusammen 200 Gramm Gebäck ausgegeben.

II. Diese Anordnung tritt rückwirkend vom 7. Februar d. J. in Kraft. 590

Hamm (Westf.), den 12. Februar 1920.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum.

Tüten und Beutel
liefern prompt u. billig
Dornbruch & Co.,
G. m. b. H. 603
Schwerte (Ruhr).

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Bekanntmachung

Nachstehend bringe ich den diesjährigen Rundreiseplan über die periodische Nacheichung aller Eichpflichtigen des Kreises zur Kenntnis.

Am 24., 25., 26. Februar für die Gemeinde Pelkum im Lokal Schimmelschulze in Pelkum.

Am 1., 2., 3. März für die Gemeinde Wiescherhöfen im Lokal Reßus in Wiescherhöfen.

Am 11., 12., 15., 16. März für die Gemeinden Sandbochum und Ränthe im Lokal Knobbe zu Ränthe.

Am 18., 19., 22., 23., 24., 26. März für die Gemeinden Niederaden, Weddinghofen, Heil, Oberaden im Lokal Hüsemann zu Oberaden.

Am 30., 31. März und am 6., 7., 8., 9. April für die Gemeinden Westick, Südkamen, Wasserkurl, Methler im Lokal Wwe. Sorge zu Methler.

Am 13., 14., 15., 16., 19., 20., 21., 22., 23., 26. April für die Stadt Kamen im Lokal August Biermann, Nordstraße 15, daselbst.

Am 28., 29., 30. April für die Gemeinde Bergkamen im Lokal Wellhausen daselbst.

Am 4., 5., 6. Mai für die Gemeinde Overberge im Lokal Schmülling daselbst.

Am 10., 11., 12., 14. Mai für die Gemeinden Lerche, Derne, Rottum, Nordbögge im Lokal Vollmann in Nordbögge.

Am 18., 19., 20., 21. Mai für die Gemeinden Westerbönen, Osterbönen und Bönen im Lokal Lohmann in Bönen.

Am 26., 27. Mai für die Gemeinde Altenbögge im Lokal Timering daselbst.

Am 31. Mai, 1. und 2. Juni für die Gemeinde Heeren-Werve im Lokal Nordhoff in Heeren-Werve.

Hamm i. Westf., den 3. Februar 1920.

Der Landrat: J. V. Jesper.

Bekanntmachung.
Betriebsstoffe für Kraftwagen.

Beschwerden von Gewerbetreibenden über unzulängliche Belieferung ihrer Kraftwagen mit Betriebsstoffen werden von zuständiger Stelle durch eine ausführliche Darlegung beantwortet, die nachstehend kurz wiedergegeben ist. Die empfindliche Notlage des gesamten Kraftwagenverkehrs und die daraus für die Industrie erwachsenden Schwierigkeiten und Schäden, insbesondere bei den derzeitigen Betriebsverhältnissen der Eisenbahn, sind bekannt; sie können aber augenblicklich nicht behoben werden.

Die Gründe liegen zunächst an der in der ganzen Welt vorhandenen Knappheit an Motorbetriebsstoffen, derzufolge die dem Reichswirtschaftsministerium zur Verfügung stehenden Mengen so gering sind, daß im Durchschnitt jedem Kraftwagen für den ganzen Monat nur 62 Kg. zugeteilt werden können, eine Menge, die ein Lastkraftwagen auf einem Wege von etwa 75 Km. verbraucht. Der Reichswirtschaftsminister kann größeren Anforderungen nicht entsprechen; er steht indes ernst zu nehmenden Einfuhranträgen großer Industriebände wohlwollend gegenüber, wenn die zu zahlenden Preise und die Art der Zahlung für angemessen gehalten werden und die Verbände sich verpflichten, die einzuführenden Mengen ausschließlich in ihren Werkbetrieben zu verwenden.

Daß die im Regierungsbezirke erzeugten Benzolmengen in diesem nur zum kleinsten Teile, für Dezember und Januar für Verkehrszwecke überhaupt nicht zur Verteilung gelangen, liegt darin begründet, daß sie nach Mittel- oder Ostdeutschland in Gegenden abgegeben werden müssen, in denen Benzol nicht hergestellt wird, in denen aber die Beförderung von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln mittels Kraftwagen wegen des Fehlens der Kohlen zur unabweisbaren Notwendigkeit wird.

Das verspätete Eintreffen der Betriebsstoffe im Regierungsbezirk ist teils durch starke Verspätung der Tankdampfer, teils durch die allgemein bekannten Verkehrsverhältnisse verursacht worden. Die die Verteilung im Bezirk bearbeitenden Dienststellen sind weder für die Verspätung in der Auslieferung der Freigabescheine noch für die unzureichenden freigegebenen Mengen verantwortlich zu machen. Es wird wie bisher auch weiterhin versucht werden, den Anforderungen der Industrie möglichst zu entsprechen.

Hamm, den 24. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. V.: v. Winterfeld.

Bekanntmachung.

I. Meine Anordnung vom 27. Januar 1920 betr. Abänderung meiner Anordnung über die Herstellung, den Verkehr und Verbrauch von Backwaren und Mehl für den Landkreis Hamm, erhält zufolge der Regierungsverfügung vom 2. Februar 1920 unter Ziffer III § 10 Absatz 2 und 3 u. a. folgende Fassung:

Mehlkleinhandlungen desgleichen für je 1550 schwarzumränderte oder für je 570 mit „F" bezeichnete Brotscheine. 589

II. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Hamm (Westf.), den 12. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum.

Wenig getragener, gut erhaltener 605
Gehrock-Anzug
für schlanke, 1,75 cm große Figur zu kaufen gesucht.
Offert. mit Preisang. unter E. 605 an die Geschäftsst. der Kam. Zeit.

Karbid
angekommen. 540
Karl Müller,
Kamen.